

PKK

Einzelne bleiben unersetzlich



Noch bis zum 1. Dezember wollen die PKK-Kämpfer die Waffen ruhen lassen. Ob danach die terroristischen "Belästigungen" für den türkischen Staat fortgesetzt werden? (Foto: version)

Die frühere PKK kündigt ihren Waffenstillstand mit der Türkei und übt gleichzeitig Selbstkritik. Schuld am mangelnden Demokratie-Diskurs sei "die Idee der absoluten Führung".

Die Drohung gab es bereits im Juli, am ersten September folgte die offizielle Ankündigung: Die im vergangenen Jahr in "Kurdischer Friedens- und Demokratiekongress" (Kadek) umbenannte ehemalige PKK hob nach fast vier Jahren ihren einseitigen Waffenstillstand auf. Der damalige PKK-Chef und heutige Kadek-Vorsitzende Abdullah "Apo" Öcalan hatte diesen im September 1999 nach seiner Inhaftierung auf der Gefängnisinsel Imrali verkündet. Zu diesem Schritt dürfte zumindest teilweise das Amnestiegesetz, das die türkische Regierung im Sommer verabschiedete, geführt haben. Im Gesetz wurde zwar eine relativ weitgehende Reintegration einfacher Mitglieder der Guerilla in die Gesellschaft in Aussicht gestellt. Die Wiedereingliederung wurde jedoch an die Bereitschaft zu aktiver Kollaboration mit den Sicherheitsbehörden geknüpft. Zudem wurden Öcalan und die gesamte Kaderebene von jeder Aussicht auf Gnade des türkischen Staates ausgeschlossen.

Mit verantwortlich für die politische Wendung Öcalans waren zweifellos auch die Folgen des Irak-Krieges wie das gespannte Verhältnis der Türkei zu den USA. Die Aufkündigung des Waffenstillstandes soll anscheinend auch den Druck auf Ankara erhöhen, auf eine "Road Map für eine friedliche und demokratische

Lösung der kurdischen Frage in der Türkei" einzugehen, die Anfang August auf einem Kadek-Kongress verabschiedet wurde. Die begriffliche Anlehnung an die Road Map der USA zur Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts ist dabei durchaus gewollt.

Kurdische Road Map

Noch bis zum 1. Dezember wird man die Waffen ruhen lassen, so der Kadek in seiner Ankündigung - in der Hoffnung, die türkische Regierung doch noch für eine bilaterale Waffenstillstandsvereinbarung zu gewinnen. Die Road Map des Kadek ist durchaus anspruchsvoll. Auf der einen Seite will sich der Kadek jeder türkeifeindlichen Propaganda enthalten. Auf der anderen Seite wird die Auflösung der staatsstreuen Kurdenmilizen und der Abzug aller Spezialeinheiten aus der kurdischen Region verlangt sowie eine Generalamnestie, die auch die Freilassung Öcalans umfassen soll. In der Endphase soll die Türkei schließlich ihr politisches System demokratisch erneuern und dabei gar die Anerkennung der kurdischen Identität in der Verfassung festschreiben.

Die Road Map basiert auf einigen durchaus bemerkenswerten Neuorientierungen. So werden etwa die durch die Intervention der USA und ihrer Verbündeten bewirkten Ver-

änderungen im Nahen Osten als positiv bewertet. Im Mittleren Osten habe "eine neue Zeit begonnen", begrüßte der Präsidialratsvorstand der kurdischen Friedenspartei bereits unmittelbar nach der amerikanischen Einnahme Bagdads, daraus würden sich für "das kurdische Volk neue Möglichkeiten zu seiner Befreiung" ergeben.

In einer offiziellen Erklärung des jüngsten Kadek-Kongresses heißt es nun, "die globale Dominanz eines Kapitalismus auf neokolonialistischer Basis" sei "in eine Sackgasse geraten". "Vor diesem Hintergrund bekommt die mittelöstliche Intervention der USA die Qualität einer externen transformativen Dynamik. Sie wird demokratische Entwicklung unvermeidbar machen, selbst wenn dies auf der Grundlage von Abhängigkeit geschieht", heißt es im Text. Die widersprüchlichen kapitalistischen Globalisierungsprozesse würden als Hintergrund dieser Entwicklung insbesondere im mittleren Osten auch positive Effekte wie Chancen für die Demokratisierung eröffnen. So spricht sich der Kadek in den letzten Monaten wiederholt für Säkularismus und Demokratisierung aus und wendet sich gegen Nationalismus und Islamismus als reaktionäre Mächte des Status quo. Diese werden in der regionalen Konstellation nach dem Irak-

krieg vor allem in einer Allianz zwischen Syrien, Iran und der Türkei ausgemacht, welche die Ziele der USA hintertreibe.

Öcalans Bruder Osman, einflussreiches Mitglied des Kadek-Präsidialrats, erklärte Mitte Juli, dass die USA bei ihrer Intervention natürlich ihren eigenen Interessen folgen, "aber es traf ein Ziel, das wir alle teilen". In diesem Sinn bemüht sich der Kadek nun um einen Dialog mit den USA.

Auf dem jüngsten PKK-Kongress kam es zu einer weiteren Premiere: Die Kadek übte deutliche Selbstkritik an den eigenen undemokratischen Strukturen. "Der Organisation ist es bisher nicht gelungen, demokratisches Denken und einen demokratischen Diskurs im praktischen Leben zu implementieren", heißt es in der Kongress-Abschlussklärung. Verantwortlich gemacht wird dafür "die Idee absoluter Führung, wie leninistische Parteistrukturen sie mit sich bringen mit ihrer rigiden Hierarchie, ihrem Begriff von Disziplin, der resultierenden Unersetzlichkeit Einzelner". Noch vor wenigen Jahren sorgte die PKK für Wirbel in der Soliszene, weil sie die von Öcalan in Imrali ausgerufene neue Linie von "Demokratie und Frieden" unter anderem in Deutschland mittels Schlägerkommandos und massiven Einschüchterungen gegen Abweichler durchsetzte. Doch auch die neuesten politischen

Wendungen des Kadek bestehen vor allem in der getreulichen Durchsetzung der von Öcalan auf Imrali ausgegebenen Vorgaben. Bislang scheint der Kadek durchaus noch jenem Parteityp zu entsprechen, bei dem selbst die Abschaffung des Kultes um den Führer nur von diesem selbst verordnet werden kann.

Der alte Parteityp bleibt

Öcalan und Kadek formulieren Visionen für eine demokratische Föderation aller Staaten mit kurdischer Bevölkerung nach EU-Vorbild. Dennoch kann man sich fragen, ob bei aller Nationalismuskritik wirklich der ethnozentrische Kulturalismus der alten Ideologie der PKK ganz überwunden ist. Osman Öcalan lässt keinen Zweifel daran, dass die Kurden im Zentrum eines solchen Prozesses stehen. Dass er dabei auch noch seinen inhaftierten Bruder zu einer demokratisch-friedliebenden Version des mythischen Herrschers Saladin verklärt, trägt ein Übriges zu diesen Zweifeln bei. Die Mischung aus Pragmatismus, Realitätsverlust und Größenwahn zeigt, wie fragwürdig diese Bewegung ist. Bislang sind alle Versuche Öcalans, als kurdischer Mandela Anerkennung in der internationalen Machtpolitik zu finden, kläglich gescheitert. Die Hoffnungen auf die Streichung des Kadek von der Terroris-musliste der USA dürfte sich ebenso wenig wie die auch Unterstützung seiner neuen Linie erfüllen. Eine weitere Enttäuschung könnte aber bei der Ex-PKK-Guerilla zu einem schlimmen ideologischen Backlash führen. Dies sind jedoch nicht nur terroristische "Belästigungen" für den türkischen Staat, gerade auch für die kurdischen Gesellschaftsverhältnisse in der Türkei könnte die Entwicklung weit-aus Schlimmeres bedeuten.

In diesem Sinn ist dringend zu wünschen, dass der Kadek mit seinen neuesten Initiativen und dem daran geknüpften eigenen Transformationsprozess wider alle realistischen Prognosen doch erfolgreich sein wird. Auch wenn dabei auf lange Sicht nicht viel mehr als zivil-gesellschaftlich-ethnokulturalistische Lobbypolitik im Rahmen kapitalistisch-demokratischer Verhältnisse herauskommen dürfte.

Udo Wolter

Udo Wolter ist freier Journalist und lebt in Berlin.